

# Enztal-Blatt

Amtsblatt für Wildbad  
Anzeiger und Tagblatt für das obere Enztal.



Er erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage.  
Bezugspreis M. 3.30 vierteljährlich, M. 1.10 monatlich;  
durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr M. 3.30,  
im sonst inländischen Verkehr M. 3.40 u. 30 Pf. Postbestellg.  
Anzeigenpreis: die einspaltige Petitzeile oder deren  
Raum 25 Pfg., auswärts 25 Pfg., Kellamezellen  
50 Pfg., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.  
Schluss der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Anzeigenannahme in Wildbad in der Expedition Wilhelmstraße 99; in Calmbach Hauptstraße 108, Fernsprecher Nr. 22.

Druck und Verlag der Wildbader Verlagsdruckerei  
Schriftl.: Th. Sack, beide in Wildbad.

Nr. 281

Mittwoch, 10. Dezember 1919

Jahrgang 53

## Wirtschaftlicher Wochenüberblick

E. D. Unter dem Druck der in immer größerer Nähe rühenden Steuerlasten wurden die Börsen durchgängig schwächer, insbesondere war die Tendenz an der Frankfurter Börse unregelmäßig. Fest, wohl infolge der Verwendung zur Sparprämienanleihe blieben Kriegs-Anleihen, die die ganze Woche 77 1/2 % notierten. Devisen-Anleihen, so Deutsche Bank (256.90) und Disconto-Gesellschaft (175 %) sowie 3 1/2 % Reichsanleihe zogen etwas an und Spantungsbahnaktien hoben den Kurs infolge vorgenommener Rückkäufe auf 436 %. Montanwerte stellten sich allgemein etwas niedriger. Von den fremd-ländischen Aktien gingen französische von 441 auf 438 M., holländische von 1685 auf 1600 M. zurück, dagegen belgische von 465 auf 470-476 M. stiegen. Englische Pfundnoten galten im freien Verkehr ca. 175 M., die Dollarnote 41 M. und die rumänische Note 144 M. Schweiz stand 815 M. Tägliches Geld notierte 4 1/2 bis 4 3/4 % und der Privatdiskont schwankte zwischen 4 1/2 % und 4 %.

Ein gutes Zeichen für wachsende Arbeitslust ist die Tatsache, daß die Ansprüche der Industrie an den Geldmarkt steigen; allein im November sind von Aktiengesellschaften nom. für 1045 Millionen neue Aktien vorgeschlagen und beschlossen worden, wozu noch etwa 200 Millionen Mark neue Industriebobligationen kommen.

Die Besserung in der Kohlenversorgung, die gleich der Valutaentwicklung unsere besondere Aufmerksamkeit fesselt, hat auch in der letzten Woche für Süddeutschland angehalten, allerdings bei steigenden Preisen. Die Ruhrkohlenpreise sind seit 1. Dezember um 7 1/2 Mark pro Tonne ohne Steuer hinaufgesetzt worden.

Die Landwirtschaft, für welche der neue Landwirtschaftsgesetz eine Mehrausgabe von 56 Millionen Mark brachte, hat durch die vom Reichskäufmann genehmigte Preis-erhöhung für Rohprodukte eine weitere Belastung erfahren. Die neuen Inlandspreise für Kalbidüngel stellen sich im Vergleich zu den bisherigen wie folgt:

1. Aug. 1. Dez.	
Düngel mit 20/22 % von 51 auf 74 S	
Düngel mit 30/32 % von 57 auf 83 S	
Düngel mit 40/42 % von 67 auf 97 S	
für 1 v. S. im Doppelcentner.	

Dabei sind die Aussichten bei den übrigen Düngemitteln immer noch sehr schlecht, so können von dem für Dezember von Landwirtschaftliche angemeldeten Bedarf an Düngel mit 193177 Tonnen nur 53800 Tonnen geliefert werden, wobei allerdings Kalkmergel in diesen Zahlen nicht eingeschlossen sind, von dem jetzt etwa 100000 Tonnen monatlich erzeugt werden.

Für landwirtschaftliche Erzeugnisse wurden in Berlin notiert: für je 50 Kg. ab Station Wiesenhausen 34-37 M., Aachen 39-42 M., Stroh gepr. 13.50-19 M., gebund. 11.50-12.50 M.

Ein weiteres Anzeichen der Lebensmittelpreise ist fast in allen Sparten zu beobachten; diese Tendenz ist aber nicht nur bei uns, sondern auch in anderen Ländern eingetreten. Von England liegt hierüber eine Meldung neuesten Datums vor, wonach dort die Steigerung der Lebensmittelpreise im Kleinhandel jetzt 231 % beträgt. Insbesondere hat eine große Kauflust in Hülsenfrüchten und Dabber eingetreten, weil die großen Städte Süd-, Mittel- und Westdeutschlands für die Winterversorgung umfangreiche Käufe vornehmen. Besonders Haber, der von den Gemeinden zu Haberflocken verarbeitet wird, ist sehr im Preise; Berlin notierte für 1000 Kg. Daser loco 1850-1900 M., ab Speicher frei Wagon 1820-1840 M., für je 50 Kg. grüne Erbsen ab Station 260-345 M., weiße Bohnen 360-410 M.

Auf dem übrigen Produktmarkt herrschen, soweit Waren vorhanden, lebhafteste Umsätze. Bei der Zuweisung von Petroleum hat die Reichsregierung zugestimmt, in eine Prüfung darüber einzutreten, wie dem Bedürfnis des platten Landes mehr wie früher Rechnung getragen werden könne.

Das Bergwerkseisen leidet jetzt so kurz vor dem eigentlichen Winter, in noch größerem Maße unter Rohmaterialmangel, besonders fehlt es an Baustoffen, wo dem Dezemberbedarf mit 168948 Tonnen nur eine Lieferungs-möglichkeit von 48000 Tonnen gegenübersteht.

Der Holzmarkt bietet das gleiche Bild wie früher; rege Nachfrage nach Schmitzware bei steigenden Preisen.

Wartholzer, Birn-, Apfel-, Eschenholz sind besonders begehrt.

Der Verkehr liegt auch nach Aufhebung der allgemeinen Sperre noch sehr im Argen, weshalb das Reichspostministerium an die Erleichterung von über das ganze Reich ausgebreitete Personenautomobilposten gegangen ist, denen, soweit das Terrain es zuläßt, Anhänger für Güterbeförderung beigegeben werden sollen.

Das getrennte Spiegelbild unserer wirtschaftlichen Lage gibt aber der Markt der Edelmetalle ab, der, wie kaum ein anderes Gebiet, die Entwertung der deutschen Mark anzeigt. Die Preissteigerung der Edelmetalle vollzog sich nämlich ebenso sprunghaft, wie das Fallen der Mark. Namentlich in den letzten Tagen haben die Preise bedeutende Steigerungen erfahren und eine noch nie dagewesene Höhe erreicht. 1 Kg. Silber, das während des Krieges 175 M. kostete, stieg bis auf 1400 M., ging allerdings wieder auf 1300 M. zurück. Der Goldpreis schwankte zwischen 27000 und 33000 M. für das Rio. Platin, für das im Krieg 7 1/2 M. für das Gramm bezahlt wurde, kostete zuletzt 135 M. das Gramm; besonders in Süddeutschland war Platin infolge seiner bequemen Transportmöglichkeiten und der Lücke des besetzten Gebietes sehr begehrt.

## Welche Möglichkeiten zur Veräußerung von Spar-Prämienanleihen sind gegeben?

Wir haben schon wiederholt hervorgehoben, daß die Spar-Prämienanleihe den Charakter eines Spar-Papiers hat. Die jährlichen Zinsen werden nämlich jährlich nicht ausbezahlt, sondern kommen erst nach erfolgter Kündigung oder Tilgung zur Auszahlung. In weiten Kreisen besteht nun Unklarheit darüber, wie der Besitzer von Spar-Prämienanleihe dieselbe veräußern kann, wenn er das Geld notwendig braucht. Hierzu gibt es drei Wege:

1. Jeder Besitzer von Spar-Prämienanleihe kann dieselbe wie jedes andere Wertpapier jederzeit bei der Bank veräußern. Die Spar-Prämienanleihe hat einen Kurswert wie jedes andere Papier. Beim Verkauf des Papiers bekommt der Besitzer von Spar-Prämienanleihe den Kurswert, der sich jährlich um 50 M. Zins für jedes Prämienstück von 1000 M. erhöht.

2. Nach 20 Jahren kann der Besitzer von Spar-Prämienanleihe kündigen. Wenn er vom Beginn des 20. Jahres ab am 1. Januar eines Jahres das Prämienstück kündigt, so bekommt er am 31. Dezember desselben Jahres den Tilgungswert unter Abzug von 10 Prozent zur Auszahlung. Dieser Tilgungswert besteht im Nennwert nebst dem für die abgelaufenen Jahre angesammelten Zins von 50 M. pro Jahr. Nach 20 Jahren erhält also ein Besitzer im Falle der Kündigung zurück: 1000 M. Nennwert, sowie 20 mal 50 M. Zins = 1000 M., zusammen 2000 M. Davon gelangen indes 10 Prozent = 200 M. zum Abzug, sodas 1800 M. zur Auszahlung gelangen. Der Abzug von 10 Prozent erfolgt deshalb, weil dieses Papier für die weiteren 60 Jahre für das Reich ausbeholdet. Tatsächlich hat nun dieses Papier von 1000 M. in diesen 20 Jahren bei 1800 M. Rückzahlung statt 4 Prozent Verzinsung immerhin eine solche von ca. 3,6 Prozent getragen.

3. Jedes Jahr findet ferner eine Tilgungsauslösung am 1. Juli statt. Jedes ausgeloste Prämienstück bekommt im Fall der Tilgungsauslösung ersetzt: den vollen Nennwert von 1000 M., sowie die fälligen Zinsen ohne jeden Abzug. Bei dieser Tilgungsauslösung bekommt außerdem jedes zweite Stück einen besonderen Prämienbonus, welcher Bonus genannt wird. Dieser Bonus beträgt in den ersten Jahrzehnten 1000 M., später 2000 M. und im letzten Jahrzehnt sogar 4000 M. Außerdem finden bekanntlich jedes Jahr noch zwei Prämienziehungsziehungen statt, bei welchen 5000 M. Gewinne mit zusammen 50 Millionen Mark zur Verlosung kommen. Ein Prämienstück, das einen solchen Gewinn, der sich von 1000 M. bis zu einer Million Mark erstrecken kann, erzielt hat, scheidet trotzdem bei den späteren Gewinnziehungen nicht aus, sondern nimmt an allen Ziehungen teil, bis es zur Tilgung kommt. Dadurch ist die Möglichkeit gegeben, daß der Besitzer auch nur eines Prämienstücks wiederholt gewinnen kann.

## Neue Äußerungen Bismarcks über Kaiser Wilhelm.

In den viel beachteten „Gesprächen mit und über Bismarck“, die in der „Deutschen Rundschau“ aus dem Nachlaß Hermann v. Fölschingers veröffentlicht werden, werden im neuesten Heft auch bedeutende Äußerungen des Fürsten Bismarck über den Charakter Kaiser Wilhelms II. mitgeteilt. Oberst von Gersdorff, von dem hier ein Gespräch mit Bismarck wiedergegeben wird, nannte es ein psychologisches Rätsel, daß der Kaiser, der als Prinz Schmeichler völlig unzugänglich war, nunmehr nur noch jervile Naturen in seiner Umgebung vertrage. Daraus antwortete der Fürst: „Das ist die Art des Olympiers. Regierende Herren verfallen oft in den Fehler, sich als besonders beeinflusst anzusehen; ich glaube, es war der Kaiser Sigismund, der für sich den Spruch erfand: supra grammatica stabis, tua sacra majestas“. (Du wirst über den Grammatiken stehen mit deiner heiligen Majestät.) Ueber des Kaisers Verstandesanlagen sprach er sich dahin aus: er besitze schnelles Fassungsvermögen, aber wenig judicium. Daher wäre der Kaiser der Verarbeiter fremder Gedanken, die er sich von Leuten wie Hinzpeter, Gähfeld und sogar Douglas herbehole.

Kurz vor Abgang des Fürsten habe eine Ministerkonferenz unter Vorsitz des Kaisers stattgefunden; in dieser sei eine Botschaft des Kaisers zur Verhandlung gekommen, in der Hinzpeter den Kaiser habe zu einer Art „Arbeiterkaiser“ stempeln wollen. Der Kaiser habe jedermann in Deutschland darin ein glückliches, zufriedenes Leben verprochen. Der intime Grund der Entlassung des Fürsten sei sein Widerspruch gegen die Veröffentlichung jenes Elaborats gewesen; man dürfe nichts versprechen, was man nicht halten könne, und hierbei liege die Unmöglichkeit des Haltens der gegebenen Versprechens in dem unzufriedenen Gemüt der Menschheit. Der Kaiser habe sich darin geäußert, er wolle nicht im Blut bis an die Knie waten und wie sein Großvater der Kartäuserprinz genannt werden, wogegen der Fürst der Ansicht gewesen sei, daß unter allen Umständen die Anwendung von Gewalt eine heilsame soziale Medizin sei. Der Kaiser lachte sich schwer über einen begangenen Fehler befehlen, ein Mißlingen werde von ihm nicht zugegeben und schnell verschmerzt, er greife dann schnell zu einem anderen Mittel, deshalb sei er weder konservativ noch liberal.

Charakteristisch sei am Kaiser das Bedürfnis, gelobt zu werden. Er habe, nachdem er eine Einladung des Fürsten zur zweiten Reise nach Russland erzwungen, ihm (dem Kaiser) gesagt: „Nun, so loben Sie mich doch“. Worauf der Fürst geantwortet habe: Er könne nur loben, was zu loben wäre. Daraus sei der Kaiser wütend fortgerannt. Die zweite Reise nach Russland habe nur Risikostimmung hervorgeufen. Ein andermal charakterisiert Bismarck den Kaiser: „Es wäre mehr Geduld zu wünschen, am Studierisch zu sitzen. Schlimm ist es, daß er Einbläser folgt, Hinzpeter, Douglas und Konfortin. Ich kann den Augenblick, da er als der große Weltbestreiter dasteht, nicht erwarten. Auch die Arbeiterpropositionen, die eigentlich den Anstoß zu unserer Trennung gegeben haben, gehören in dieses Kapitel. Der Kaiser vertritt sich davon goldene Berge; ich sagte, indem ich das Schlimmste daraus entfernt hatte: Das letzte ist, Majestät zerreißen dieselben und werfen die Stücke ins Feuer. Auf eine Mitteilung hin, daß die Luft verbreitet sei, er strebe wieder nach dem Kanzleramt, sagte Bismarck: „Dazu gehören zwei, von denen einer auch nur daran denkt. Ich und der Kaiser sind unedle Naturen; bei der ersten politischen Besprechung hätten die Gegensätze wieder aneinandergeplagen. Ihn auf dem Wege der Suggestion in meinen Gedankengang zu ziehen, wäre mir zu weitläufig und umständlich.“

## Die Note des Obersten Rats.

Paris, 8. Dez. Der Kaiser hat am 6. Dezember Antwort auf die Note der deutschen Regierung betreffend die Unterzeichnung des Zusatzprotokolls am Friedensvertrag festgesetzt. Die Note wird heute am deutschen Vertreter v. Versner übergeben werden. Der „Temps“ schreibt, die Antwort des Obersten Rats werde nicht ein Ultimatum, sondern ein gemeinsamer Beschluß zur Annahme des Zusatzprotokolls sein; sollte sich Deutschland weigern, so werden militärische und andere Maßnahmen ergriffen. Der deutsche Vertreter v. Versner hatte sich in einer Unterredung mit einem Vertreter des Reuters dahin ausgesprochen, die deutsche Regierung

ni bereit, das **Zusatzprotokoll** zu unterzeichnen, wenn esfen Schlusssatz gestrichen werde, wonach die Verbands-  
sächte auch nach Eintreten des Friedens jederzeit das  
recht haben, bewaffnet in Deutschland einzudringen, wenn  
Bedingungen des Friedensvertrags nicht erfüllt werden.)  
Die Nachrichtenagentur Havas glaubt versichern zu kön-  
nen, die Antwortnote sei in so entschiedenem Tone gehal-  
ten, daß damit weitere Verhandlungen über das In-  
trittreten des Friedens, die den Gang nur verschleppen  
kann, nicht mehr nötig sein werden. Die Annahme der  
Bedingungen werde die Freilassung der Gefangenen zur  
olge haben. Die Einwände der deutschen Regierung  
ber die Verantwortlichkeit werden in einer besonderen  
Note widerlegt.

Nach dem „Petit Journal“ droht der Oberste Rat nicht  
ur die Besetzung einer Stadt oder einer Provinz an, son-  
ern die Aufhebung des Waffenstillstands mit dreitägiger  
Andigungsfrist. Der Kriegszustand mit der Blockade  
erde damit von selbst wieder eintreten. „Petit Pari-  
en“ sagt dagegen, es sei wahrscheinlich, daß die mi-  
itärischen Maßnahmen eine Milderung durch den Ober-  
sten Rat erfahren haben; auch über die Versenkung der  
rutschen Kriegsschiffe werde der Weg eines Vergleichs  
öffnet. Der Oberste Rat wolle, von Billigkeits-  
ränden befreit, Deutschland die Zustimmung er-  
rättern.

Der „Petit Parisien“ teilt mit, der Vertreter einer  
Krohmacht (nicht Amerika) habe sich geweigert, die Ant-  
wortnote zu unterzeichnen, bevor er seiner Regierung  
kericht erstattet habe. Dies lasse auf Zögerung schlie-  
en, von denen Deutschland Gebrauch zu machen nicht ver-  
ken werde. Das „Journal“ bedauert die Verzögerung.  
**Mailand, 8. Dez.** „Corriere della Sera“ meldet aus  
aris, die amerikanischen Konferenzmitglieder haben auf  
m Obersten Rat eingewirkt, die Antwortnote nach Form  
nd Inhalt gemäßigt zu halten. Staatssekretär Lan-  
ng habe ihnen den bestimmten Befehl erteilt, ohne  
Ausnahme am 10. Dezember abzureisen. In der Frei-  
enkonferenz sei man enttäuscht durch die entschiedene  
Willensfundgebung Amerikas, sich von den Verhandlungen  
Europa zurückzuziehen.

## Neues vom Tage.

### Der Arbeitsrat.

**Berlin, 8. Dez.** Der Reichsarbeitsminister hat in den  
vorbereitenden Ausschuss zur Förderung der Arbeitsge-  
inschaft berufen: Professor Gothein-Heidelberg (Natio-  
nalsökonomie), Professor Ricklich-Mannheim (Wirt-  
schaftliche Betriebsführung), Prof. Wallisch-Mannheim  
Technologie, Brahn-Leipzig (Psychologie), Poppe-  
euter-Köln (ärztliche Berufsberatung), Kie-  
el-Dresden (wirtschaftliche Verwaltung), Regierung-  
t Götz-München (praktische Technik), Seedorf-Ber-  
n (Landwirtschaft), Gewerbesachse Pellmich, Leiter  
s Ausschusses für wirtschaftliche Fertigung beim Ver-  
n deutscher Ingenieure. Ferner gehören dem Ausschuss  
s Vertreter der Zentralarbeitsgemeinschaft der industri-  
en und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, De-  
randt und Gewerkschaftssekretär Böcker an.

### Der Parteitag der Unabhängigen.

**Leipzig, 6. Dez.** Der Außerordentliche Parteitag der  
nabh. Soz. Partei wählte in die Zentralkommission als Vor-  
sitzende Crispian und Däumig. Der Parteitag spricht  
e Erwartung aus, daß das österreichische Proletariat  
e Auslieferung Lewieus an Bayern verhindern wer-  
e. Der russischen Sowjetrepublik werden brüderliche Grü-  
e entboten. U. a. wurde ein Antrag eingebracht, einen  
ususs an die internationale Arbeiterchaft zu richten,  
e Waffen- und Munitionserzeugung zu verweigern.

### Lohnbewegung.

**Lübeck, 8. Dez.** Eine Rieserversammlung der Ange-  
ellten beschloß gestern, auf der Forderung einer 75prozent-  
igen Gehaltssteigerung, Bewilligung einer Wirtschaft-  
erhöhung von 1000 Mark für Verheiratete, bzw. 600 Mark  
ir Ledige und Verlängerung der Arbeitswoche von 48  
uf 45 Stunden zu bestehen. Sollten die Arbeitgeber den  
nsprechenden neuen Tarifvertrag nicht genehmigen, so soll  
n 13. Dezember in den allgemeinen Ausstand getreten  
rden.

**Berlin, 8. Dez.** Nach Aufhebung des Belagerungs-  
zustands haben die Kommunisten für diese Woche in Groß-  
Berlin über 50 Versammlungen anberaumt, in denen  
die Befreiung der jetzigen Regierung gefordert wer-  
den soll.

### Aundgebung der Eisenbahner.

**Magdeburg, 8. Dez.** In einer Versammlung des  
Deutschen Eisenbahnerverbands wurde die Regierung auf-  
gefordert, sich bis 1. Januar 1920 über die geforderte  
Lohnerhöhung und bis 15. Dezember über die Wirt-  
schaftsbeihilfe für die Arbeiter und Werkhelfer zu ent-  
scheiden. Der Verband werde es auf das Äußerste an-  
kommen lassen. Bei einem Vortrag über das Betriebs-  
strategie verließ die Mehrzahl der Versammlung den  
Saal mit dem Ruf: „Das ist uns gleichgültig, wir  
wollen mehr Lohn!“

### Graf Westarp tritt aus dem Staatsdienst aus.

**Berlin, 8. Dez.** Oberverwaltungsgerichtsrat Graf  
Westarp (Konst.) ist nach dem „Berl. Tagbl.“ aus dem  
Staatsdienst ausgetreten, um sich ganz der „Kreuzzeit-  
ung“ zu widmen.

### Man muß die Dinge sehen wie sie sind.

**Düsseldorf, 8. Dez.** Western sprach Abg. v. Kar-  
boeff in einer stark besuchten Versammlung der Deutsch-  
Nationalen Volkspartei. Er sagte u. a.: Vieles ist, dar-  
über müssen wir uns im klaren sein, für immer dahin und  
kann nicht wiederkehren. Nicht jedem in unserer Armee  
fällt es leicht, sich hiermit abzufinden, aber wer über-  
haupt auf seine Zeit und die Gestaltung der politischen  
Verhältnisse Einfluß ausüben will, der muß den Mut  
haben, die Dinge zu sehen, wie sie sind.

### Die Entschädigung der Heeder.

**Berlin, 8. Dez.** In industriellen Kreisen verlautet,  
daß die deutschen Schiffreederei als Entschädigung für die  
ausgeleiteten Schiffe, außer den bereits ausbezahlten

1 1/2 Milliarden mit weiteren Summen von etwa 10 Mil-  
liarden verlangen.

### Aus dem besetzten Gebiet.

**Köln, 8. Dez.** Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Wies-  
baden: Der Oberbefehlshaber der verbündeten Armeen  
jibt bekannt, daß die verbündeten Regierungen die deut-  
sche Verfassung als gültig anerkannt haben. Die deut-  
sche Verfassung ist demnach auch im besetzten Gebiet als  
inwendbar zu betrachten. Die Verfassung vom 23. Aug.,  
die die Bereidigung deutscher Beamten auf die neue Ver-  
fassung unterlag, ist außer Kraft gesetzt.

### Antriebe der Dänen.

**Kiel, 8. Dez.** Dänische Agitatoren hielten auf der deut-  
schen Insel Jöde Versammlungen veranstaltet, in denen  
für den Anschluß an Dänemark Stimmung gemacht wer-  
den sollte. Die Versammlungsbesucher protestierten aber  
gegen die dänische Stimmungsmache und sprachen sich  
katschieden für das Verbleiben bei Deutschland aus.

## Deutsche Nationalversammlung.

### Berlin, 6. Dez.

Ein Jubiläum konnte heute der Reichstag feiern. Vor  
25 Jahren wurde das jetzige Reichstagsgebäude nach 10-  
tägiger Arbeit nach den Plänen des Baurats Paul  
Ballot vollendet und die erste Sitzung wurde am 6.  
Dezember 1894 in dem mächtigen Saal des neuen Par-  
laments eröffnet. Präsident Fehrenbach erinnerte zu Ein-  
gang der heutigen Sitzung an diese Tatsache und stellte  
sch, daß 20 Abgeordnete, meist der sozialdemokrat. Par-  
tei angehörig, die jener Eröffnungsitzung angewohnt  
haben, noch heute Mitglieder des Reichsparlaments sind.  
Tobann legte das Haus die Beratung der Steuergesetze  
fort. Der frühere badische Justizminister, Abg. Dr.  
Düringer (D.Nat.) stellte sich in finanztechnischer  
Sicht auf den Boden der Vorlagen, da sie das Be-  
streben des sozialen Ausgleichs im Grundgesetz zeigen. Auch  
bestehende juristische Bedenken könnten zurückgestellt wer-  
den. Dagegen seien die politischen Folgen unannehm-  
bar: die völlige Vereinheitlichung des Reichs sei ein Wi-  
derspruch zu den Grundforderungen der Verfassung. Wir  
wollen den Einheitsstaat, aber nicht eine Zentralisation,  
die sie sonst nirgends auf der Welt bestünde und die durch  
die Uebertragung der Landesfinanzämter auf die Fi-  
nanzminister der Einzelstaaten auch auf die Verwaltung  
betragen werde. Die Finanzminister von Preußen und  
Sachsen haben die Uebernahme des Landesfinanzamts  
bgelehnt, andere seien leider ihrem Beispiel nicht gefolgt.  
Die jetzige Regierung bekämpfe den Kapitalismus. Aber  
ine Kapital löse das Unternehmertum nichts unter-  
nehmen, die Folge sei der andauernde Niedergang unserer  
nata. Mit dem Kapitalismus werde der Sozialismus  
entwärtet, denn beide müssen sich ergänzen. Vor einigen  
Wochen sei von der Regierung gesagt worden, es dürfe  
ke Millionäre mehr geben. Jetzt lade sie zur Spar-  
Amienanleihe ein und verspreche alljährlich Spielge-  
n zweimal 5 Millionen. Diese Finanzpolitik könne er  
d keine Freunde nicht unterstützen. Reichsfinanzmini-  
Erzberger verwahrte sich dagegen, daß das Reich  
r noch Steuererträge von 2-4 Milliarden verlieren  
ster allen Umständen bedingt werden. Wenn die Entente  
sch einen Griff gegen unsere Steuererträge mache, so  
äre dies ein Gewaltstreich. Abg. Becker (D.Vp.), frü-  
er Finanzminister in Preßen, erklärte die Kapital-  
ersteuer für eine Unmöglichkeit. Er erklärte es für  
nen Fehler, daß die oberen Beamtenstellen mit Partei-  
ännern statt mit Fachleuten besetzt werden; daß er-  
ge auch im Beamtenstand Unzufriedenheit. Mit der  
Schaffung neuer Beamtenstellen müsse man aufhören,  
el mehr müßte das Beamtenheer vermindert werden.  
bg. Dr. Heim, der bayrische Bauernführer, findet  
leichfalls die Zentralisation „unerträglich“. Die Land-  
irtschaft müsse gehoben werden, statt dessen ruiniere  
an sie. Wie Deutschland im Ausland angesehen werde,

erkenne man an der Baluta. Abg. Wurm (U.S.P.)  
findet, daß die Besteuerung des Einkommens noch lange  
nicht weit genug gehe. Wenn bloß bis zu 60 Prozent weg-  
besteuert werden, so beweise das, daß wir immer noch im  
kapitalistischen Jah.wasser schwimmen. Auch die Kapital-  
ertragssteuer müsse, besonders nach oben, schärfer wirt-  
en. — Am Dienstag wird die Nationalversammlung eine  
Rundgebung gegen die Zurückhaltung der  
Kriegsgefangenen veranstalten.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1.20 Uhr nachm.  
Er gedankt der ersten Sitzung, die heute vor 25 Jahren in die-  
sem Hause abgehalten wurde. 20 Abgeordnete macht der Präsident  
namhaft, die dem Reichstag schon damals angehört haben und  
noch heute Mitglieder des Hauses sind. Die Ergänzung des  
Gesetzes über die Zahlung der Löhle in Gold wird ohne Debatte  
in allen drei Lesungen erledigt.

Es folgt die Fortsetzung der Beratung des Landessteuergesetzes  
in Verbindung mit der Reichseinkommensteuer und der Kapital-  
ertragssteuer.

Abg. Düringer (D.Nat.Vp.): Die Steuerpläne des Finan-  
zministers haben unsere Baluta nicht gehoben. Das Ausland  
hält sie, wie wir, für den Ruin unseres Wirtschaftslebens.  
Die verteilte Mittelung von dem Gutachten des Reichsjustiz-  
ministers hat niemand überzeugt. Der Illoyalität unserer Geg-  
ner gegenüber werden neue papierne Proteste nichts nützen. In-  
nerpolitisch bringen die neuen Steuerpläne eine Zentralisation,  
wie sie kein Staat der Welt besitzt. Das Reichsnotopfer wirkt  
auf mittlere Vermögen wie eine weitere Einkommensteuer. Das  
Kinderprivileg züchtet das Einkommenssystem. Wir sprechen dem  
Minister nicht unser Vertrauen aus.

Minister Erzberger: Es ist eine maßlose Uebertreibung, zu  
sagen, das Reich sei nur Steuerertraher. Das Reich muß da-  
für sorgen, daß die Zeichner der Anleihen ihre Zinsen bekommen,  
die Banker und Kriegsgeldbesitzer ihre Renten. Die Beschlungen  
müssen erhöht werden. Die große Gehaltsreform ist im Werk.  
Die sozialen Renten müssen und werden aufgebessert werden. Das  
alles wird das Wirtschaftsleben stärken. Ebenso die Eisenbahnzen-  
tralisation. Die Summe von 24 Milliarden muß unter allen Um-  
ständen geschaffen werden. Die Finanzpolitik muß etwa 30  
Proz. des Volkseinkommens erlassen. Die Steuerfüße, die wir  
fordern, sind meines Erachtens das Höchstmaß dessen, was  
wir unserer Wirtschaft zumuten können. Das Kinderprivileg wird  
in Zukunft ganz anders wirken, als bisher. Erst, wenn die  
direkten Steuern bis zur letzten Möglichkeit ausgebaut sind,  
können wir an die indirekten Steuern herangehen. Nach unserer  
Aufassung würde es ein Gewaltstreich der Entente sein, wenn  
sie Hand an unsere Steuern legen wollte. Die Beiriffe „Was  
ist das Reich?“

Abg. Becker (D.Vp.): Ob die Entente nach dem Friedens-  
vertrag ein Recht hat, die Hand auf das Notopfer zu legen  
ist gleichgültig. Sie hat die Macht dazu und wir müssen stän-  
den, daß sie die Macht benutze. Es empfiehlt sich, das Not-  
opfer zurückzustellen oder ihm eine andere Form zu geben. Die  
Kosten der Unterhaltung der Ententetruppen werden noch stei-  
gen. Wenn die Beamtenbesoldungsreform zum 1. April 1920  
nicht fertig wird, so muß den Beamten jedenfalls mit Steuerungs-  
zuschlägen geholfen werden. Das Beamtenheer muß eingeschränkt  
werden. Die Beamtschaft wird wohl dezimiert und zwar von  
oben. Die Arbeitsfreudigkeit wird der Beamtschaft genommen,  
wenn sie sieht, daß ihr die besten Stellen weggenommen werden  
durch Parteileute, die nicht Fachleute sind. Wegen einer Erhöhung  
der Kohlensteuer haben wir Bedenken. Unmöglich ist eine Auf-  
wandsteuer; denn sie würde auf eine Rationalisierung der ganzen  
Lebenshaltung hinauslaufen. Die Kapitalertragssteuer in ihrer  
jetzigen Form ist ebenso eine Unmöglichkeit.

Abg. Wurm (U.S.P.): Die Reichseinkommensteuer geht so tief  
hinunter, daß sie wie eine indirekte Steuer wirkt, weil sie die  
virtuellsten Schwachen mehr belastet als die Starcken. Die  
Methode, die Steuer durch Abemachen seitens der Arbeit-  
geber einzutreiben, ersetzt die Festbesoldeten haarscharf, bleibt  
aber hilflos gegenüber dem Kaufmann und dem Landwirt. Die  
Einschränkung des Steuerrechts der Länder und Gemeinden lehnen  
wir ab. Der Gedanke der Kapitalertragssteuer ist richtig; sie  
müßte noch nach oben stärker gestaffelt werden, und zwar pro-  
gressiv. Die Steuergesetze werden nur dazu beitragen, das  
Land zu vermehren.

Abg. Heim (D.Nat.): Die Steuervorlagen enthalten eine  
Verfassungsänderung. Ihre Zentralisationsbestrebungen sind uner-  
träglich. Mit dieser radikalen Zentralisation nützt man dem Reichs-  
gedanken nicht. Die Steuerfreudigkeit muß gehoben werden durch  
direkte Erlassung aller zu Besteuernden und durch Führung des  
Bemesses, daß die hohen Steuern auch ihren Zweck erfüllen.  
Durch Förderung der Produktion ist die Ernährung zu verbessern.  
Latt dessen ruinieren sie die Landwirtschaft. Neben dem Reichs-  
notopfer des Gesetzes brauchen wir das Notopfer der Arbeit.  
Der Stand unserer Baluta ist der Gradmesser des Kredits, den  
unser Regierung im Ausland genießt.

Die drei Steuergesetze werden an die zehnte Kommission  
verlesen. Nächste Sitzung Dienstag 4 Uhr.

### Aus Voralberg.

**Wien, 8. Dez.** Der Landtag in Voralberg hat von  
der Regierung in Wien die Anerkennung des Selbst-  
bestimmungsrechts Voralbergs verlangt. Die Regierung  
antwortete, i. e. i. b. r. i. t. e. n. e. t. a. g. e. n. Antrag auf A. schluß  
Voralbergs an die Schweiz des Völkerbunds zu über-  
mitteln, sie werde aber gleichzeitig ihren eigenen Stand-  
punkt geltend machen. Einem selbständigen Vorgehen  
Voralbergs, das im Widerspruch zum Friedenswert ag  
stünde, werde sie entgegenstehen.

### Kein amerikanischer Kredit?

**Washington, 8. Dez.** Die Blätter bestätigen, daß  
die Vereinigten Staaten an Deutschland keinen fortlau-  
fenden Kredit geben werden. Amerika habe keine Mit-  
tel mehr, um Geld an bisher feindliche Staaten auszu-  
leihen. (Die englische Presse stellt mit Genugtuung fest,  
daß der Zweck der Finanzkonferenz der Verbündeten in  
Washington erreicht sei. Das amerikanische Kapital bleibe  
den Verbündeten vorbehalten.)

**Washington, 8. Dez.** Der erste Staatsanwalt zeigte  
an, daß zwischen den Vertretern der Regierung und den  
Verarbeitern ein Kompromiß zu Stande gekommen ist.

## Baden.

**Karlsruhe, 8. Dez.** Der Student der Chemie Ivar  
Gustav Volker aus Lüdingen stellte am Sonntag in  
seiner Wohnung aus Reichh. Viktor her und trank ihn mit  
seinem Freunde in größerer Menge. Beide erkrankten  
daran und Volker ist am Dienstag an der Vergiftung  
gestorben. Der Freund befindet sich auf dem Wege der  
Besserung.

**Karlsruhe, 8. Dez.** Der Landtag hält am 10. Dezem-  
ber, nachmittags 3 Uhr eine öffentliche Sitzung ab.

**Baden-Baden, 8. Dez.** Bei einer Durchsuchung des  
Gartens im israelitischen Erholungsheim wurde unter  
Laub und Zweigen versteckt eine größere Kiste gefun-  
den, die eine Menge wertvolles Tafelsilber und andere  
Gegenstände enthielt aus einem im August verübten Ein-  
bruch in Ottersweier. Auch hier kommen als Täter die  
Einbrecher der Villa Imhof in Betracht.

**Bretten, 8. Dez.** Aus dem Anwesen des Kaufmanns  
Emil Bodenheimer wurden bei einem Einbruch Rind-  
Pferde- und andere Häute in hohem Wert gestohlen.

**Heidelberg, 8. Dez.** Zwei Unbekannte klopften  
abends an der Villa des pensionierten Bankbeamten  
Dohert in Siegelhausen an. Als der Hausherr öff-  
nete, wurde ein Schuß abgegeben, der ihn in die Herzgegend  
traf, jedoch nicht lebensgefährlich ist. Die beiden woll-  
ten offenbar Dohert berauben.

**Mannheim, 8. Dez.** In einer der letzten Nächte war  
eine Schiffsladung Mehl vom jenseitigen Ufer des  
Rheins auf die Freienheimer Insel geschmuggelt wor-  
den. Als das Mehl auf einem Fuhrwerk weiterbeför-  
dert werden sollte, blieb der Wagen im Schlamm stecken.  
Der Fuhrmann holte einige Arbeiter, diese schlugen aber  
ein sehr vereinfachtes Verfahren ein, indem sie einige  
Mehlfäcke auf ihre Schultern luden und damit verschwan-  
den. Weitere 30 Zentner Mehl sind wieder beigebracht.

**Von der Gz., 8. Dez.** Ein neues Bauern-  
dorf soll bei Pforzheim gegründet werden. An der  
Wurmbergerstraße, in deren Nähe sich schon vor bald  
2000 Jahren römische Kolonien niederließen, will die Ba-  
dische Siedlungs- und Landbank auf 600 Hektar ab-  
zuzuholendem Gelände etwa 50 Bauernhöfe mit je 10  
bis 15 Dektar und 10-20 kleinen Anwesen für Hand-  
werker erstellen, die im nahen Pforzheim guten Absatz  
hätten. Der Boden ist gut, Anmeldungen sind auch  
schon da.

**Villingen, 8. Dez.** Die Ton- und Festhalle ist  
un den Preis von 305.000 Mark samt Inventar an  
die Freiburger Volksbühne übergegangen.

**Markdorf (Bodensee), 8. Dez.** Nach einem kurzen  
Wortwechsel geriet der Vierhändler Christian Jeps von  
Münchenhausen verart in Wat, daß er blindlings meh-  
rere Pötelenschiffe abgab. Hierbei wurde der verheiratete  
Vierhändler Josef Amis aus Meßkirch so unglücklich  
getroffen, daß er alsbald starb. Der Täter wurde ver-  
haftet.

## Vermischtes.

**Brand.** Am Samstagabend brach in der englischen Vorstadt in Berlin Großfeuer aus. Der Dachstuhl stand völlig in Flammen. Die Entstehungsurache konnte nicht festgestellt werden. Die oberen Räume und besonders das aus Marmor gebaute Treppenhäuschen durch Feuer und Wasser stark gelitten. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

**Die erste Krupp'sche Lokomotive.** Am 6. Dezember hat die erste Krupp'sche Lokomotive mit 10 neuen Eisenbahnwagen, die gleichfalls von der Firma Krupp hergestellt worden sind, die Werkstätte verlassen. Die Lokomotiven- und Wagenbau der Firma Krupp beschäftigt heute rund 35 000 Personen, einschließlich der Beamten, und ist imstande, bei normaler Besetzung mindestens 300 große Lokomotiven und 2000 bis 3000 Wagen jährlich herzustellen.

**Hoteltreue.** Die Hotels und Gastwirtschaften in Danabrad haben im Einverständnis mit den Angehörigen zum Protest gegen verschiedene Beschlagnahmungen, Nachkontrollen usw. den Betrieb eingestellt.

**Bahnstrecke Leer-Oldenburg als Torfschieber.** In der Bahnstrecke Leer-Oldenburg sind bereits vier Bahnstreckenschieber verhaftet worden, weil sie Hunderte von Ladungen Torf aus dem oldenburgischen Land verschoben haben. Die sauberen Bahnstreckenschieber sollen an jedem Waggon Torf durchschnittlich 800 Mark Verdienst gehabt haben.

**Die französischen Verluste.** Die Statistik über die Verlustziffern des französischen Heeres ergibt, daß in der Zeit vom 2. August 1914 bis zur Beendigung der Feindseligkeiten bei den Offizieren 18,7 % gefallen oder an den Folgen der erlittenen Verletzungen gestorben sind. Bei der Mannschaft beläuft sich der Prozentsatz der Gefallenen oder an den Folgen der erlittenen Verletzungen gestorbenen auf 16 %.

**Gemeinsame Zeitung.** Wegen des allgemeinen Streiks haben die Zeitungsdirektionen in Madrid beschlossen, unter dem Titel „Madridische Presse“ ein gemeinsames Blatt erscheinen zu lassen. (Die Pariser Verleger haben bekanntlich während des Buchdruckerstreiks ebenfalls ein gemeinsames Blatt, die „Presse de Paris“ herausgegeben.)

**Besuch der Methodisten.** In diesen Tagen trifft eine Reihe führender Persönlichkeiten aus dem religiösen Leben Amerikas in Berlin ein. Die Herren, zu denen der Bischof Burt und der Bischof Rülken aus Zürich gehören, bilden einen Spezialauschuss, der von der Generalkonferenz der Methodistenkirche für Nothilfe und Wiederaufbau beauftragt ist, die deutschen Bedürfnisse zu erkunden.

**Gesundheitsberichte über Wilson.** Am den Gerüchten über eine angebliche Verschlimmerung im Befinden des Präsidenten Wilson entgegenzutreten, soll beschlossen worden sein, in Zukunft über seinen Gesundheitszustand wöchentlich Berichte zu veröffentlichen.

**25 000 Millionäre in der Union.** Laut „Arbeiterzeitung“ in St. Louis gibt es jetzt in den Vereinigten Staaten 25 000 Millionäre.

## Württemberg.

**Stuttgart, 8. Dez. (Die Weinhöchstpreise.)** Abgeordnete des Württ. Bauern- und Weingärtnerbunds haben nachstehende Anfrage im Landtag eingebracht: „Ist das Staatsministerium bereit, die Höchstpreise für Wein die nach der Verfügung des Ernährungsministeriums über Wein vom 6. Oktober 1919 in unzulänglicher Weise entgegen den Vorschlägen von Württ. Weingärtnern festgesetzt wurden, einer Nachprüfung zu unterziehen und die Weinpreise dem einmütigen Verlangen aller württ. Weingärtner und im Einvernehmen mit deren Vertreter entsprechend zu gestalten? Dabei sollen einmütigen bis auf einer neu zu schaffenden Grundlage eine Verständigung erzielt werden, die Strafanträge, Strafbefehl und Beschlagnahmen aufgehoben werden.“

## Die Denkmünze.

Von Franz Lehmann.

Meine Schuljahre waren zu Ende und ich sollte nun nach einer von meinem Heimatsort ziemlich weit entfernten Stadt in die Lehre kommen, um Kaufmann zu werden. Da ich meine Heimat für eine Dauer von mehreren Jahren verließ, besuchte ich vor meiner Abreise alle meine Verwandten, um ihnen Lebewohl zu sagen. Am schwersten wurde mir der Abschied von meinem Großvater, einem ehrwürdigen Greise, in dessen Hause ich einen großen Teil meiner Kinderzeit zugebracht hatte, denn ich wußte nicht, ob ich ihn je wieder sehen würde. Ich bat ihn daher um ein Andenken, wenn auch nur eine Kleinigkeit, damit ich dadurch recht oft an ihn und seine Liebe zu mir erinnert werden möchte.

„Da begegnen sich unsere Wünsche“, sagte mein Großvater; „hier habe ich Dir schon etwas zurechtgelegt. Nimm diese Münze und bewahre sie gut auf. Durch sie werde einst dein ganzes Lebensschicksal entschieden, ich habe sie stets treu gehütet und habe sie sowieso für Dich bestimmt.“

Bei diesen Worten gab er mir aus einem Schubschloß seines Schreibtisches eine silberne Münze von der Größe eines Zweitalersüdes, welche mit einem Stein versehen war, so daß sie an einer Schnur getragen werden konnte. Die eine Seite stellte einen gekrönten Reiter in weitem, faltigem Gewande dar, zu dessen Füßen eine abgekehrte Gestalt lag, die mit ausgestrecktem Arm um Hilfe zu flehen schien. Auf der anderen Seite war ein großes, aus Hirschknochen, Hirschen, Löwen, Adlern und viereckigen Felsteinen zusammengesetztes Wappen abgebildet, das von drei Helmen, die einen Mohren, einen Adler und einen Federbusch trugen, gekrönt und von zwei wild aussehenden Männern gehalten wurde. Darüber stand die Aufschrift:

**Stuttgart, 8. Dez. (Lohnbewegung.)** Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter im Buchbindergewerbe in Groß-Stuttgart haben die Forderung einer einmaligen Teuerungszulage erhoben. Der Arbeitgeberverband hat die Forderung abgelehnt.

**Stuttgart, 8. Dez. (Gegen den Schundfilm.)** Die Jugend von Stuttgart ohne Unterschied veranstaltet seitern auf den Straßen Kundgebungen gegen die Vorführung von Schundfilmen in den Lichtspieltheatern. Sie wünscht die Errichtung von Mustertheatern, in denen nur einwandfreie und gediegene Bilder geboten werden.

**Stuttgart, 8. Dez. (Strafkammer.)** Am hellen Tag fuhr am 16. August der 32jährige Maler August Bauer von Neuenhaus (Nürtingen) und der 24jährige Läufer Paul Ebinger von Kirchberg a. Murr mit einem Auto zum Lagerraum am Rosenfeld, luden 5 Fässer Benzoltreiböl im Gewicht von zusammen 1000 Kilo auf und verlasteten die Diebesbeute an Hehler. Bauer wurde auf 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust, Ebinger auf 5 Monaten Gefängnis verurteilt. Drei bzw. 2 Monate Untersuchungshaft werden angeordnet. Die Diebe haben offenbar Helfershelfer gehabt. Der 29 Jahre alte Telegraphenarbeiter Karl Günther von Nonnenwies erhielt wegen verschiedener Dachstammerüberfälle 2 Jahre Zuchthaus, sein Arbeitskollege Friedrich Albrecht von Höfingen wegen Hehlererei eine Woche Gefängnis.

**Zuffenhausen, 8. Dez. (Diebinnen.)** Zwei gut klarierte Mädchen haben in dem hiesigen Tuch- und Stoffwarengeschäft von Bidelhaupt drei große Ballen Tuch gestohlen. Sie hatten zuvor in dem Geschäft Einkäufe gemacht und waren dann der Diebstahl unterlegen.

**Leonberg, 8. Dez. (Besitzwechsel.)** Die evang. Gemeinde hat das Bahnsche Anwesen (Schneiders Saal) an 62 500 Mark käuflich erworben.

**Leonberg, 8. Dez. (Beschlagnahme.)** In der Fleischmühle in Ditzingen wurden von Beamten der Landesgetreidekasse 80 Zentner Gerste beschlagnahmt, die schwarzgemahlen werden sollten.

## lokales.

**Die Gefangenen in Frankreich.** Nach einer Mitteilung des Rotes Kreuzes in Genf sollen sich noch 532 700 deutsche Kriegsgefangene in Frankreich befinden, die nach dem Pariser Blatt „Humanität“ sämtlich zu den Wiederaufbauarbeiten herangezogen werden sollen. Die Gefangenen sollen nur freigegeben werden, wenn die Vertragsbestimmungen von Deutschland restlos erfüllt werden. Ueber diesen Punkt braucht man kein Wort mehr zu verlieren. Man weiß, was Clemenceau und Wood unter der „restlosen Erfüllung“ der Bedingungen, zu denen sie immer neue hinzufügen, verstehen. Wenn aber die Genfer Meldung, die bis jetzt noch nicht bestätigt ist, zutreffend sein sollte, so ist sie darum von Interesse, weil sie eine weit höhere Gefangenenzahl angibt, als seither gemeinhin angenommen wurde. Die Gesamtzahl der Gefangenen in Frankreich wurde auf etwa 400 000 geschätzt. Sollte sie auch nur um annähernd soviel höher sein, als das Rote Kreuz angibt, so müßten sich unter den Gefangenen viele befinden, die seither als vermißt oder gefallen gelten.

Die englische Regierung hat die Freigabe der deutschen Schiffsbesatzungen von Scapa Flow verweigert, bis das kriegsgerichtliche Verfahren abgeschlossen sei.

**Erhöhung der Familienunterstützung.** Wie aus Berlin berichtet wird, hat die Reichsregierung beschlossen, die Familienunterstützung für die Angehörigen der Kriegsgefangenen zu erhöhen.

**Die Erhöhung der Unfallrenten soll, wie verkündet, 100 Prozent betragen.** Die Rente soll also verdoppelt werden. Außerdem soll der Rentenempfänger eine einmalige Teuerungszulage gewährt werden.

**Keine Weinzudersetzung.** Der Vorstand der Weinbauversuchsanstalt Weinsberg, Prof. Meißner, schreibt, nach den bisherigen Erfahrungen der Versuchsanstalt mache der verhältnismäßig niedere Säuregehalt der heurigen Weine die sogenannte nasse Zudersetzung nicht unbedingt nötig.

ocurs, wie um das Wappen zog, war so sehr abgekurzt, daß ich sie nicht entziffern konnte.

„Du wirst neugierig sein, zu erfahren, inwiefern diese Münze einen Einfluß auf mein Schicksal haben konnte“, fuhr mein Großvater fort. „Ich will Dir's zum Abschied erzählen. Ich muß dabei auf die Zeit zurückgreifen, wo ich als junger Geselle in der Apotheke des Vaters tätig war und mit dem Gedanken umging, mich zu verheiraten. Während meine Eltern sich eine vermögende Schwiegertochter aus der Stadt wünschten, hatte ich eine innige Neigung zu der annuitigen Tochter des Pfarrers Hirschmann in dem nahe Dorf Neuenberg gehabt, in dessen Haus mich ursprünglich nur unser gemeinschaftliches Interesse für Botanik und das Sammeln von Pflanzen geführt hatte, und ich hoffte, daß es mit der Zeit doch gelingen würde, die Abneigung meiner Eltern gegen meine Verbindung mit Therese, welche meine Liebe von ganzem Herzen erwiderte, zu überwinden.“

Außer mir hatte Therese noch einen Anbeter. Es war der Oekonomieverwalter Trapper aus dem Rittergut Neuenberg. Therese hatte den ziemlich reichen Neuenberg, der auf seine Stellung sehr eingebildet war, nie leiden können. Trapper dagegen hielt sich für unüberwindlich, und da er ein nicht unbedeutendes eigenes Vermögen besaß, mit dem er bei jeder Gelegenheit probierte, so nahm er es als ganz selbstverständlich an, daß jedes Mädchen sich glücklich schätzen müsse, wenn er sich um sie bewerbe.

Um so erstaunter war er daher, als Therese seine Aufmerksamkeiten zurückwies und, da er sie dadurch nicht abzuwenden vermochte, sie mit seinen Galanterien zu verfolgen, ihn endlich mit trockenen Worten bat, sie unbedeutend zu lassen. Trapper schämte vor Wut, um so mehr, da er sich vor einigen Begegnungen schon damit gebrüstet, daß er in nächster Zeit um Therese anhalten wolle und sich schon darauf freue, was der Alte dann für Augen machen würde, wenn er könne, was unüberwindlich war.“

**Winterjauchentanz.** Nach dem Bericht des hiesigen Stat. Landesamts stellt sich der Winterjauchentanz für Anfang Dezember für Winterroggen und Winterdinkel auf mittel bis gut, für Winterroggen etwas ungünstiger, aber auch noch auf mittel bis gut.

**Kleie.** Die Württ. Landesfuttermittelstelle hat den Preis, zu dem die Kommunalverbände die ihnen zustehende Kleie abgeben dürfen, für 100 Kilo bei 82prozentiger Ausmahlung bei Roggenkleie auf 11,60 M., bei Weizenkleie 80prozentige Ausmahlung auf 12,30 M. festgesetzt. Für Kleie der 94prozentigen Ausmahlung darf nicht mehr als 10,60 M. für 100 Kilo verlangt werden. Die Preise gelten für Vierterung ohne Sad ab Verteilungsstelle des Kommunalverbands.

**Der Schleichhandel mit Süßstoff** ist durch den Zudermangel in neue Blüte gekommen. Obendrein wird viel falscher und wertloser Süßstoff betrügerischerweise im Dunkeln vertrieben. Von amtlicher Stelle wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Herstellung und der Verkauf von Saccharin nach dem geltenden Gesetz von 1902 im allgemeinen verboten oder nur in dem vom Gesetz vorgezeichneten Rahmen zulässig ist. Der Weiterverkauf von Süßstoff, der zur Herstellung von Limonaden usw. geliefert wird, ist strafbar.

**Postnachnahme ist keine Wertangabe.** In weiten Kreisen ist noch immer die Ansicht verbreitet, daß, wenn man eine Postsendung unter Nachnahme versichert, die Post im Falle des Verlusts oder der Beschädigung dafür wie bei einer Wertsendung Ersatz leiste. Das trifft nach einer Mitteilung des Reichspostministeriums nicht zu. Die Angabe eines Nachnahmebetrags gilt für die Post nicht als Wertangabe. Nachnahmeleistungen werden bei der Post nur dann als Wertsendungen behandelt, wenn auf ihnen außerdem noch ein Wert angegeben ist.

**Die Ausfuhr nach der Schweiz gesperrt.** In die Postämter der Grenzbezirke ist seitens des badischen Ministeriums des Innern telegraphisch die folgende Anweisung ergangen: Die Ausfuhr von Möbeln, Glas, Porzellan und Steingutwaren, Haushaltsgegenständen, Gegenständen des täglichen Bedarfs, Landwirtschaftlichen Gebrauchsgüter aller Art, von Seiden, Eisenwaren, Bekleidungsgegenständen, Stoffen, Sägen und landwirtschaftlichen Geschäftsbüchern aus Baden nach der Schweiz wird hiermit mit sofortiger Wirkung verboten. Das Verbot erstreckt sich auch auf die Ausfuhr im Grenzverkehr. Die Ausfuhr darf künftig nur mit Bewilligung des Beauftragten des Reichskommissars für Ein- und Ausfuhrbewilligung in Karlsruhe erfolgen. Um die vollständige Ausfuhr unserer Landesprodukte hinsichtlich der in Frage stehenden Gegenstände zu verhüten, ist vorstehende Maßnahme geboten.

**Sendungen in die Schweiz.** Postpakete der Warenabteilung des Eidgen. Ernährungsamts in Bern, Sendungen an Schweizer im Auslande, die Lebensmittel, auch Seife in der von der Schweiz zugelassenen Menge enthalten, werden ohne Einfuhrbewilligung zugelassen.

**Weitere Einschränkungen des Personenverkehrs.** Die Fahrten von Koflen für den Eisenbahndienst sind unzureichend geblieben. Wenn die dringenden Vorstellungen beim Reichspostenamt nicht baldigst von Erfolg sind, so muß, wie uns aus Karlsruhe geschrieben wird, der Personenverkehr zunächst auf den badischen Bahnen weiter eingeschränkt werden, um den Güterverkehr, wenn auch in vermindertem Maße, durchhalten zu können.

**Ausfuhrverbot.** Nur mit besonderer Genehmigung dürfen von nun an ausgeführt werden: Schußwaffen und Schußpatronen, Schneidmesser und Gewindebohrer, Loch- und Drehbohrer, Rasiermesser, Schreibmaschinen, Kontrollkästen, Fahrräder, Klaviere und Saiten.

**Ein milder Winter.** In Jägerzeilen verkündet, daß uns ein milder Winter bevorsteht, denn es wird die strenge Beobachtung gemacht, daß jetzt schon die Wildtten geparkt sind. Ein Jäger hat auch den heurigen Winter vorausgesagt, der auch tatsächlich eingetroffen ist. Hoffentlich geht auch seine zweite Voraussage in Erfüllung!

Eine Jurisprudenz durch Therese war nun vor Beugen erfolgt, und sehr wurde er von seinen guten Freunden mit Spott überschüttet.

Eines Abends sah ich mit der Familie des Pfarrers um den großen runden Tisch in der Wohnstube, der Lehrer und der Schulle von Neuenberg hatten sich ebenfalls eingefunden. Es wurde von dem und jenem erzählt, und ich bedauerte lebhaft, daß ich den gemächlichen Kreis verlassen mußte.

Als ich mich zum Fortgehen rüstete, sagte der Pfarrer: „Sie könnten mir einen Gefallen erweisen. Unser Dekan Müller in der Stadt ist ein eifriger Münzensammler. Als er mir neulich seine Sammlung zeigte, erzählte ich ihm davon, daß meine Frau eine silberne Schaumünze besitze, die sie einst von ihrem Vater erhalten habe, und versprach, ihm auf seinen Wunsch, die Münze einmal zur Ansicht zu schicken. Ich werde voraussichtlich in den nächsten Wochen nicht nach der Stadt kommen, wollen Sie so gut sein und das Stück dem Dekan überbringen?“

Mit Vergnügen erklärte ich mich dazu bereit, und der Pfarrer holte aus seinem Schreibtisch die Münze hervor. Sie ging von Hand zu Hand und wurde von den Anwesenden mit großem Interesse betrachtet. Um sie recht sicher zu verwahren, legte ich das seidene Schnürchen, welches durch den Haken gezogen war, um den Hals und steckte die Münze wie eine Uhr in die Westentasche, worauf ich den Rest darüber zuckelte.

Eben wollte ich auf die Türe zugehen, als sich diese öffnete und ein, der fünfzehnjährige Sohn des Pfarrers, welcher bei dem herrschaftlichen Gärtner des Ritterguts Neuenberg in der Lehre war, hereintrat. Er war sehr aufgeregt. „Im Auftrag seines Lehrers hatte er einige Münzen, die in das Wirtshaus gebracht und die

